

Demokratie / Beteiligung

Im Vergleich zu anderen Städten ist die Hauptstadt Berlin nach wie vor beteiligungs-politisches Entwicklungsland: Wir Grüne wollen Berlin aber zur Hauptstadt der Beteiligung machen. Ganz in der Tradition der Bürgerrechtsbewegungen wollen wir Mitsprache und Mitgestaltung durch die Zivilgesellschaft ermöglichen.

Dazu brauchen wir eine neue Planungs- und Beteiligungskultur, die von Politik, Verwaltung und Bürger_innen gemeinsam zu entwickeln ist. Es geht dabei um nichts Geringeres als darum, das Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern und Staat neu zu definieren.

Ein erster Schritt ist das politische Bekenntnis zu mehr Beteiligung. Dafür schlagen wir einen Stadtvertrag Beteiligung vor, der auch eine umfassende Beteiligungskultur entwickelt und sicherstellt.

Dafür gilt es die verschiedenen Demokratieformen miteinander zu verknüpfen: Repräsentative, direktdemokratische und dialogischen Beteiligungsformen sollen aufeinander aufbauen und im Zusammenspiel das Beste herausgeholt werden. Während bei dialogischer Beteiligung Antworten auf komplexe Sachverhalte gefunden werden können, sind direktdemokratische Entscheidungsprozesse meist deutlich nachvollziehbar. Beide Formen dienen der Öffnung der repräsentativen Demokratie – ohne sie jedoch zu ersetzen.

Doch Beteiligung hat auch Grenzen: Diese müssen zu Beginn des Prozesses aufgezeigt werden: Wo kann es lediglich um Information, wo um eine tatsächliche Mitentscheidung der Bürger_innen gehen? Welche rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen bestehen?

In der Bauleitplanung können Politik und Verwaltung nur gemeinsam mit den Bürger_innen den Kapitalinteressen etwas entgegensetzen. So können bspw. Planungsgewinne in die Infrastruktur der Kieze fließen. Wer kann aber besser entscheiden, was vor Ort gebraucht wird als die Anwohner_innen? Nachbar_innen sind hier die Expert_innen.

Auch nach intensiven Beteiligungsprozessen gibt es immer Unzufriedene: So werden auch Projekte, die „vorbildhafte Beteiligungsverfahren“ durchlaufen haben, grundsätzlich kritisiert werden. Beteiligung heißt für uns auch nicht „Wer am lautesten schreit, wird gehört!“ – Wir wollen auch die leisen Stimmen hören. Dafür müssen die Voraussetzungen für die Beteiligung aller geschaffen werden.

Fragen

Wer ist Bürger (Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsdauer/recht, Alter)?

Welche Verfahrensvorschriften sind zum Schutz der Minderheit erforderlich (Gefahr der Mehrheitsdiktatur, Chancengleichheit, freie Presse)?

Welche Entscheidungen sind dem Mehrheitsprinzip entzogen (Grundrechte, Minderheitenschutz)?

Wie werden langfristige Fragen (übernächste Legislaturperiode) und vertreterlose Interessen (zukünftige Generationen, Lebewesen, Umwelt) in den demokratischen Prozess einbezogen?

Wie können wir direkte Demokratie stärken ohne die repräsentative Demokratie auszuhebeln? Wie können die verschiedenen Formen der Beteiligung miteinander verzahnt werden?

Können rechtliche und finanzielle Grenzen der Beteiligung eng definiert sein und trotzdem eine Mitsprache ermöglicht werden, die nicht nur als Feigenblatt-Beteiligung dient?

Beteiligung beginnt mit Transparenz – Wie kann die Verwaltung einerseits zu Veröffentlichung verpflichtet werden, andererseits die Daten so aufbereiten, dass Relevantes nicht in der Informationsflut untergeht?

Gut gemeint ist nicht gut gemacht – Welche Kriterien garantieren eine gute Beteiligung?

Postdemokratie (Colin Crouch)

„Postdemokratie ist ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden [...], in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben.

Es kommt zu Situationen, in denen sich nach einem Augenblick der Demokratie Langeweile, Frustration und Desillusionierung breitgemacht haben; in denen Repräsentanten mächtiger Interessengruppen [...] weit aktiver sind als die Mehrheit der Bürger [...]; in denen politische Eliten gelernt haben, die Forderungen der Menschen zu manipulieren; in denen man die Bürger durch Werbekampagnen »von oben« dazu überreden muss, überhaupt zu Wahl zu gehen.“

Entwicklungen der direkten Demokratie

Mit direkter Demokratie stärken wir nicht nur die unmittelbare Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, sondern schaffen auch einen neuen Raum für demokratisches Leben. Direktdemokratische Elemente können und sollen korrigierend bei wesentlichen Fragen die repräsentative Demokratie ergänzen diese aber nicht ersetzen.

Wie das Hamburger Schulbegehren zeigt, nutzt vor allem die gut ausgebildete Mittelschicht die Beteiligungsmöglichkeiten, nicht aber die neuen Unterschichten. „Denn nicht alle Bürgerinnen und Bürger verfügen über jene Ressourcen, derer es für die erfolgreiche Partizipation an argumentativen Verfahren bedarf. Hierzu zählen neben Zeit und einer zumindest rudimentären Sachkenntnis eben auch rhetorische Fähigkeiten und ein selbstbewusstes Auftreten.“ (Dirk Jörke)

Doch in Berlin haben wir 2014 etwas anderes erlebt: Mit den Instrumenten der direkten Demokratie hat eine kleine, aber gut vernetzte Initiative die Pläne des Senats gestoppt. Michael Müller hat den Volksentscheid über das Tempelhofer Feld haushoch verloren. Trotz seiner Kampagne für den Senats-Masterplan für eine großflächige Wohnbebauung am Rande des Feldes, konnte sich eine Initiative aus der Nachbarschaft gegen die Berliner Regierung in ganz Berlin durchsetzen.

Dieses Votum für das Volksgesetz und gegen die Senatspläne war auch ein Misstrauensvotum gegen den Politikstil der SPD-Regierung. Die Zeiten des Durchdrückens von oben sind nun endgültig vorbei. Wir Grüne stehen für eine andere Politik. Wir kommen aus den Bürgerbewegungen und wir stehen für eine transparente Entscheidungen und den Dialog auf Augenhöhe mit den Berlinerinnen und Berlinern.

Dialog mit Bürger_innen – kooperative Beteiligungsverfahren

Der Volksentscheid über das Tempelhofer Feld hat aber auch gezeigt, dass die kooperative Demokratie in Berlin nicht gut funktioniert. Denn während der Senat seine vielen Beteiligungsveranstaltungen lobte, kritisierten die Bürger_innen, dass sie nicht beteiligt werden. Das Beispiel zeigt, dass gute Beteiligung auf Transparenz und klaren Leitlinien fußt. Ein solches Berliner Beteiligungskonzept kann das erste Beteiligungsprojekt werden, an dem alle gleichberechtigt mitarbeiten.

Berlin soll zur Hauptstadt der Beteiligung werden. Um endlich angemessene Partizipationsverfahren in unserer Stadt zu etablieren, haben wir folgende Vorschläge:

1. Leitlinien für Bürger_innenbeteiligung

Diese Leitlinien sollen durch Politik, Verwaltung und Bürger_innen erarbeitet werden und die Beteiligungsverfahren klar regeln.

2. Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz verabschieden

Wir wollen endlich eine Politik, die aktiv informiert. Nur so können staatliche Entscheidungen verstanden und am Ende vielleicht akzeptiert werden. Vor 15 Jahren haben die GRÜNEN das erste Berliner Informationsfreiheitsgesetz vorgelegt.

Dort wurde das Recht auf Akteneinsicht für alle eingeführt. Unser Entwurf für ein Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz (TransIFG) (Link: http://www.gruene-fraktion-berlin.de/sites/default/files/TransIFG_7.pdf) geht noch einen Schritt weiter und verpflichtet zu einer Veröffentlichung „von Amts wegen“. Derzeit müssen die Bürger_innen zum Amt gehen, Anträge auf Akteneinsicht ausfüllen, im Zweifel sogar klagen. Das soll jetzt umgedreht werden: Die Verwaltung ist in der Pflicht zu informieren. Dieser grundlegende Wechsel – weg von der Akteneinsicht, hin zur Veröffentlichungspflicht, ist in Hamburg zur gesetzlichen Pflicht erhoben worden.

Nach Heidelberger Vorbild soll in Berlin zudem eine Vorhabenliste über anstehende Vorhaben und deren Kosten frühzeitig informieren.

3. Gute Beteiligung braucht Personal und finanzielle Ressourcen

Eine gute Bürgerbeteiligung ist nur durch eine angemessene Personalausstattung der Verwaltung in Senat und Bezirken zu erreichen und ist somit nicht umsonst zu haben. Gleichzeitig kann eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung auch helfen Kosten zu sparen: Der erfolgreiche Volksentscheid zum Tempelhofer Feld führte schließlich dazu, dass Millionen an Planungskosten umsonst ausgegeben worden sind. Dies hätte durch eine ernsthafte und transparente Bürgerbeteiligung verhindert werden können!

Für Fachexpertise, Gutachten zu Planungsalternativen, aber auch für die qualifizierte Begleitung des Beteiligungsprozesses sollen finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden.

Im Senat wollen wir nach dem Vorbild von Baden-Württemberg eine_n Staatssekretär_in für die Koordination und den Ausbau von Beteiligung einsetzen. Die Senatsverwaltung soll zudem eine Koordinationsstelle innerhalb der Verwaltung einrichten, die der/m neuen Staatssekretär_in unterstellt ist. Diese Stelle soll die verschiedenen Fachressorts bei der Durchführung von Beteiligung unterstützen, aber auch Bürgerinnen und Bürger beraten und unterstützen.

Darüber hinaus sollte ein „Beirat Bürgerbeteiligung“ eingerichtet werden, dem Vertreterinnen und Vertreter der Einwohner, der Abgeordnetenhaus-Fraktionen und der Verwaltung angehören, um die Einleitung, Durchführung und Evaluation aller Beteiligungsprozesse zu begleiten.

Herausforderungen

Kann es gelingen, durch direktdemokratische Verfahren die Berliner Stadtgesellschaft zu entscheidenden, stadtpolitischen Fragen (Verdrängung, Ausgrenzung) stärker zu politisieren und politische Lösungen denk- und umsetzbar zu machen? Oder birgt der Weg der Stärkung der direkten Demokratie die Gefahr der noch leichteren Durchsetzung von finanzkräftigen Lobbys und Partikularinteressen?

Die Verzahnung der Demokratieformen und die Stärkung der Beteiligungsinstrumente haben auch Grenzen und bergen Gefahren. Ihre Chancen sind aber enorm. Dieser Herausforderung sollte sich Berlin endlich stellen.

Antje und Dirk